

Redebeitrag:

TOP 18 der Kreistagssitzung vom 24. Juni 2015

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten der Partei DIE LINKE im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zur „Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom März 2015 zu TTIP“. Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zu TTIP vom 25. März 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
in dem vorliegendem Antrag von DER LINKEN geht es darum, den Kreistagsbeschluss vom 25. März 2015 zum internationalen Handelsabkommen möglichst effektiv umzusetzen.

Eigentlich ist dieser Antrag ein Selbstgänger, denn die Formulierung in dem nahezu einstimmig gefassten Beschluss lautete ja, dass der Landrat den Beschluss auf allen Ebenen – und nicht nur rudimentär und ausgesucht – zu vertreten habe.

Der Kreistagsbeschluss hat einen langen Weg hinter sich. Von dem ursprünglichen Antrag der SPD im September 2014 bis zum gemeinsamen Antrag fast aller Abgeordneten in der Kreistagssitzung von 25. März 2015.

In die Vorbereitung dieses Kreistagsbeschlusses war viel Arbeit investiert worden. Aber es hat sich gelohnt. Denn der fast einstimmig angenommene Antrag spiegelt die Bedenken wider, die CDU, SPD, SSW, Grüne, Freie Wähler, Bündnis für Bürger und DIE LINKE beim Freihandelsabkommen TTIP haben.

Ein solch überzeugender Beschluss ist aber nicht Selbstzweck, sondern er macht nur dann Sinn, wenn die im Beschluss enthaltenen Bedenken und Forderungen auch an die Personen gesandt werden, die an der Entscheidung über TTIP beteiligt sind. Deshalb lautete der letzte Satz in dem Antrag vom 25. März 2015 auch: „Der Landrat wird beauftragt, diese Position auf allen Ebenen zu vertreten“.

Dieses ist aber bisher nur rudimentär geschehen, ohne ein erkennbares System. Damit ist der Tenor des Antrages unterlaufen und der Beschluss nicht von der Verwaltung, die die Aufträge des Kreistages umzusetzen hat, umgesetzt worden.

Von den Entscheidungsträgern haben nur

- Ministerpräsident Torsten Albig,
- die Minister Sigmar Gabriel und Reinhard Meyer
- sowie die Bundestagsabgeordneten Dr. Sabine Sütterlin-Waack und Arfst Wagner

Post aus dem Kreis erhalten.

Nur ihnen wurde von allen Entscheidungsträgern offiziell die Information über den Kreistagsbeschluss zugeschickt. Es wurden nicht einmal alle Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein angeschrieben.

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu klären, was sind die Entscheidungsebenen in Deutschland? Wer entscheidet über das Freihandelsabkommen TTIP?

Die einzigen Entscheidungsebenen für den Abschluss der geplanten Freihandelsabkommen sind in Deutschland der Deutsche Bundestag und der Bundesrat, denn nach derzeitiger Einschätzung namhafter Juristen bedarf der Abschluss der Handelsabkommens CETA und TTIP sowohl der Zustimmung des Deutschen Bundestages als auch des Bundesrats.

Im Bundestag entscheiden die einzelnen Bundestagsabgeordneten allein so, wie sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Deshalb müssen die Abgeordneten einzeln angeschrieben werden, damit sie den Beschluss des Kreistags Schleswig-Flensburg auch sicher zur Kenntnis erhalten. Den Beschluss allein über die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien weiterzuleiten, reicht nicht aus. Im Bundesrat entscheiden die einzelnen Bundesländer. Daraus folgt, dass die einzelnen Ministerpräsidenten anzuschreiben sind, um dort den Beschluss des Kreistags Schleswig-Flensburg bekannt zu machen und zu vertreten.

Meine Damen und Herren,
wir haben noch eine weitere Möglichkeit, die Position des Kreises Schleswig-Flensburg zu TTIP in die Entscheidungsfindung bzw. in den Entscheidungsprozess mit einfließen zu lassen. Dieser Weg geht über den Bundestagspräsidenten.

Informationen über TTIP, die den Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert erreichen, werden von ihm weitergeleitet an den für Freihandelsabkommen zuständigen Bundestagsausschuss.

Auf diesem Wege würde der Beschluss unseres Kreistags zu einer offiziellen Bundestagsdrucksache und erreicht den zuständigen Fachausschuss, der einen maßgeblichen Einfluss hat auf die Meinungsbildung der Bundestagsabgeordneten, wenn es um den Abschluss von Handelsabkommen geht.

Deshalb bitte ich, diesen Antrag zu unterstützen, damit das bisher Versäumte noch vor der Sommerpause des Bundestages nachgeholt werden kann.

Manfred. Küter
24. Juni 2015

Nachtrag:
Dieser Antrag wurde u. a. abgelehnt von CDU, SPD, SSW. Die Grünen, FDP.
